

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 10. Mai 1904.

№ 54.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Schluß.)

Die **Mühlensarbeiter** tagten in Berlin. Wie sehr in diesem Erwerbszweig die Großindustrie um sich greift, beweist der Umstand, daß die Zahl der Betriebe in den letzten zwei Jahren sich um 773 vermindert hat. Die in Frage kommende Organisation erhöhte ihren Mitgliederstand in den letzten drei Jahren von 1742 auf 2700; die Hauptkassa weist nur 25 121 Mk. auf. In den letzten drei Jahren hat der Verband mehr Lohnbewegungen gehabt als in der ganzen früheren Zeit seines Bestehens; die Aktionen verliefen zumeist günstig für die Arbeiter, mehr ist aber durch die bloßen Lohnbewegungen erzielt worden. Der Verband müßte, nach des Vorsitzenden Käpplers Ansicht, deshalb den Weg friedlicher Verhandlungen mit den Unternehmern vorziehen und das Ziel verfolgen, für ganze Bezirke Tarifvereinbarungen zu erlangen. Eine entsprechende Resolution fand ohne Widerspruch Annahme. Das Untersuchungsverfahren ist bei dieser Organisation schon gut ausgebaut und fand diesmal noch weitergehende Verbesserungen, denn dasselbe hat keineswegs den Kampfcharakter abgeschwächt, sondern nur zur Festigung der Organisation beigetragen. Die Arbeitsvermittlung soll möglichst in eigne Hand genommen werden, wo das nicht möglich ist, muß die Errichtung paritätischer Nachweise angestrebt werden. Weil die Unternehmer die Bundesratsverordnung über die Sonntagsarbeit und die Arbeitszeit in Mäslergewerbe sehr viel übertreten, soll beim Bundesrat beantragt werden, die Sonntags- wie die Nacharbeit überhaupt zu verbieten und die Arbeitszeit auf höchstens zehn Stunden festzusetzen. Der Verbandsbeitrag wurde von 30 auf 40 Pf. pro Woche erhöht, außerdem müssen 10 Pf. monatlich für den Sterbefonds entrichtet werden. Das Verbandsorgan möchte sich nicht zu lassen, wurde wegen Mangel an Mitteln abgelehnt. Angenommen wurde dagegen die Anstellung eines Sekretärs mit 1800 Mk. Gehalt für Rheinland-Westfalen, ferner wurde das Gehalt von Käppler auf 2400 Mk. erhöht. Die Reichstagskandidatur Käpplers sowie dessen politische Tätigkeit fand mehrfach Erwähnung in dem Sinne, daß selbiger dadurch wohl zum Teile der Verbandsarbeit entzogen werde, was aber in den Kauf genommen werden müsse; lieber sollte noch ein zweiter Verbandsbeamter angestellt werden. Das ist, wie wir schon des öftern ausgesprochen haben, ein grundlegender Irrtum, unter welchem die Sache wie die Person zu leiden haben. Die gewerkschaftliche wie die politische Betätigung erfordern den ganzen Mann; jede Halbierung ist schädlich, muß notgedrungen hüben wie drüben einen erheblichen Teil der gestellten Anforderungen unerfüllt lassen. Man denke sich nur einmal die Situation aus, wenn Käppler noch zum Reichstage gewählt werden würde, er wäre dann: 1. Vorsitzender des Müllerverbandes, 2. Redakteur des Müllervorgans, 3. Reichstagsabgeordneter, 4. Landtagsabgeordneter und eventuell auch noch Stadtverordneter in Altenburg. Das soll ein Mensch leisten? Uebrigens halten wir schon aus taktischen Gründen dafür, daß sich Gewerkschaftsführer offiziell nicht in den Dienst einer bestimmten Partei stellen, ob diese nun Sozialdemokratie, Freisinn oder Zentrum heißt, ist unerlei.

Auf dem zweiten Verbandstage der **Fleischer** in Hamburg waren 27 Delegierte anwesend, darunter zwei aus Dänemark. Die Organisation steht noch sehr in den Kinderschuhen, waren doch in kurzer Zeit des Bestehens 3308 Ein- und Uebertritte und 2761 Austritte zu verzeichnen. Jegliche Mitgliedszahl: 2529, Organisationsvermögen: 4336,88 Mk. Man muß aber billigerweise die von den Innungsgehilfen mit direkter Unterstützung der Meister geleistete kräftige Gegenarbeit in Betracht ziehen, überhaupt die ganzen rückständigen Verhältnisse dieses Gewerbes. Es ist deshalb zu loben, daß die junge Organisation den reichsstatistischen Erhebungen über das Fleischergewerbe tatkräftige Interesse zuwendet, als sich in ausschließliche Aktionen einzulassen. Beschlossen wurde, beim Bundesrat um Einführung des zwölfstündigen Maximalarbeitstages und schärfere Kontrolle der Sonntagsarbeit zu petitionieren, weiter die Gaueinteilung einzuführen, das Organ alle 14 Tage erscheinen zu lassen und die Beiträge zu erhöhen.

Die Generalversammlung des Verbandes der **Wäschereien** fand in Berlin statt. Die Zustände in den

Wäschereien werden als unglaublich geschildert, weshalb eine energische Agitation einzulegen habe, aus welchem Grunde man auch die Anstellung des Vorsitzenden mit 2000 Mk. Gehalt beschloß, obwohl diese ebenfalls noch recht jugendliche Organisation sonst noch nicht dazu in der Lage ist. Die Beiträge wurden auf 25 Pf. für männliche und auf 15 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt, das Sachvergn soll ab 1. Juli vierzehntäglich erheben.

Ein Allgemeiner Kongreß der **Handels- und Transportarbeiter** war vom Zentralverbande der Handels- und Transportarbeiter nach Berlin einberufen und wie schon der Heimarbeiterskongreß war auch diese Veranstaltung von tatsächlichem allgemeinem Charakter, denn von den diversen Organisationen waren aus 172 Orten 158 Vertreter erschienen. Wie aber bei dem Heimarbeiterskongreß wurden auch hier Zustände aufgezeigt, die in der Tat dringend nach Abhilfe schreien, denn über die Hälfte aller im Fahrwesen beschäftigten Arbeiter haben eine längere Arbeitszeit als 14 Stunden und nahezu 97 Proz. müssen Sonntagsarbeit verrichten; außerdem ist die Entlohnung eine recht schlechte, sind die Pausen durchaus ungenügend und ist die Unfallgefahr eine sehr große. Neben der Schaffung einer Reichsverkehrsordnung, der obligatorischen Einführung von Fahr- und Fachschulen und der Einführung des Befähigungsnachweises für die Fahrer wurden noch folgende Forderungen gestellt: 1. Die Schaffung eines Arbeitstages in geschlossener Arbeitsperiode, a) von zehn Stunden für erwachsene Arbeiter und Kutscher, b) von acht Stunden für jugendliche Arbeiter unter achtzehn Jahren, c) von acht Stunden für Führer von Motor- und sonstigen Kraftfahrzeugen. 2. Unterbrechung der Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen von insgesamt drei Stunden täglich. 3. Das Füttern und Meinigen der Pferde ist in die Arbeitszeit einzurechnen. 4. Vollständige Sonntagsruhe für alle Betriebe mit Ausnahme derjenigen, welche ihrer Natur nach und im öffentlichen Interesse Sonntagsarbeit bedingen. Den in letztbezeichneten Betrieben tätigen Personen ist entsprechende Ruhezeit an Wochentagen zu gewähren. 5. Verbot des Rost- und Logiszwangs. 6. Verbot der Logiszahlung an Sonntagen. 7. Erlass von Vorschriften, durch welche den Arbeitgebern die Pflicht auferlegt wird, für geeignete heizbare Aufenthalts- und Ankleideräume Sorge zu tragen. 8. Die Einstellung von Inspektoren für das gesamte Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe analog den Einrichtungen der Fabrikinspektion. Diesen sind Assistenten aus den Reihen der Arbeitnehmer des Berufes als Hilfskräfte beizugeben.

Bei den **Berliner Maurern** ereignete sich ein Vorfall, welches verdient chronisch festgehalten zu werden. Die besoldeten Vorstandsmitglieder hatten den Antrag gestellt, ihr Gehalt auf 40 Mk. wöchentlich zu erhöhen und ihnen acht Tage Ferien zu gewähren; bisher erhielten dieselben nicht mehr, wie gerade der Maurertarif für Berlin ausmacht, nämlich 37,80 Mk. Die Gehaltsforderung wurde aber von den Bezirksversammlungen verweigert, woraufhin die Betroffenen in der Generalversammlung eine Wiederverwahl ablehnten. Ausschlaggebend für diese Ablehnung war aber die in Mitgliederfreier vertretene und oft in verlegendster Form geäußerte Meinung, die Beamten wären ja froh, daß sie diese Posten hätten, sie würden auch bei Nichtbewilligung darauf verzichten, überhaupt hätten die eine Gehaltserhöhung fordernden Beamten das Vertrauen der Mehrheit nicht mehr. Daß auch in unseren Kreisen gleiche oder ähnliche hübsche Ansichten eine Stätte haben, beweist ja der Artikel „Zur Reorganisation im Gau Bayern“ in Nr. 36.

Mitte April hielt der Verband deutscher **Gastwirtsgehilfen** seine dritte Generalversammlung in Erfurt ab. Diese im Jahre 1898 gegründete Organisation zählte Ende 1903 2704 Mitglieder, sie hat infolge der vielen alten Gegenverbände und ganz besonders wegen des bei den Kellnern besonders stark ausgeprägten Stumpfsinnes mit ungeheuren Schwierigkeiten zu rechnen. Es wurden deshalb während des verfloffenen Jahres in 53 Städten von der Hauptverwaltung Agitationsversammlungen abgehalten, außerdem 10000 Broschüren mit der Bundesratsverordnung und 25000 Flugblätter vertrieben. Die finanzielle Basis gestaltete sich trotzdem zufriedenstellend, das Vermögen beliefert sich auf 21 137,68 Mk., gleich

7,81 Mk. pro Kopf. Die Bekämpfung der gewerksmäßigen Stellenvermittlung ist eine ganz besondere Aufgabe des Verbandes, denn trotz der neuen Bestimmungen in der Gewerbeordnung treiben gewissenlose Kommissionäre ihren einträglichen Stellenjacher in der alten Weise fort, die Verordnungen der Landesregierungen haben diesem Unwesen so gut wie gar nicht gesteuert. Der Gastwirtsgehilfenverband geht hiergegen nun mit Anzeigen bei den Behörden einerseits, zum andern mit einer eignen, kostlosen Stellenvermittlung vor, welche den gewerksmäßigen Vermittlern in den letzten beiden Jahren 68084,70 Mk. eingebracht hätte. Der Verbandstag fordert deshalb von der Reichsregierung einen Gesekentwurf, welcher jedes Entgelt für die Stellenvermittlung verbietet. Der Antialkoholbewegung steht diese Organisation völlig neutral gegenüber. Von den Gewerkschaftsjähren verlangt sie wohl etwas höhere Löhne, weil die Angestellten hier mit dem fast gänzlichen Ausfalle der Trinkgelber zu rechnen haben, im übrigen fordert sie nicht mehr wie von den anderen Betrieben, die meistens unter weit besseren Verhältnissen existieren. Betreffs der Kellnerinnenfrage wurde beschlossen, nur die süddeutschen Gastwirtsgehilfen als organisationsfähig anzuerkennen und in Norddeutschland nur das Küchenpersonal; die Kellnerinnen in den norddeutschen Wirtschaften seien bekanntlich nicht da, um die Wästel zu bedienen, sondern um sie zu amüfieren. Ueber die Stellung des Verbandes zur Politik gab es eine interessante Debatte, welche durch Anträge von Stuttgart, Priesel und Kuzhaden veranlaßt war, in welchen u. a. das Unterbleiben von Kaiserinleuten der Mitgliedschaften und von Streikunterstützungen für andere Gewerkschaften gefordert wird. Der Vorsitzende Boeckh entgegnete darauf: Gerade für den Verband der Gastwirtsgehilfen sei es notwendig, daß er sich um Politik kümmere, wenn auch nicht um hohe Politik, so doch desto mehr um Sozialpolitik. Die Verhältnisse der Gastwirtsgehilfen seien ja deart, daß sie ohne Eingreifen der Gesetzgebung eine Verringerung ihrer Lage nicht zu erwarten haben. Nichts sei selbstverständlicher, als daß die Arbeiter sich der Unterstützung einer politischen Partei versichern. Die bürgerlichen Parteien helfen den Arbeitern nicht und die Gastwirtsgehilfen haben nur bei der Sozialdemokratie eine entschiedene Vertretung ihrer Forderungen im Reichstage und in der Kommission für Arbeiterstatistik gefunden. Wenn die Unternehmer im Gastwirtsgeerbe den Mitgliedern des Verbandes der Gastwirtsgehilfen feindselig gegenüberzutreten, so gehebe das nicht, weil das Verbandsorgan auch Politik treibt, sondern vielmehr deshalb, weil der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen die einzige Gehilfenorganisation ist, welche die Forderungen der Angestellten mit Entschiedenheit vertritt und den Standpunkt der Harmoniedieselei, auf dem andere Kellnerorganisationen stehen, nicht einnimmt. Der Verband tritt am entschiedensten für Arbeiterschutz sowie gegen das Unwesen der Stellenvermittlung ein. Das trägt dem Verbande den Laß der Unternehmer ein und deshalb bezeichnen sie den Verband als sozialdemokratisch. — Was jene Mitgliedschaften verlangen, ist gewiß zu einengender Natur. Die Arbeiter haben sich ebenso wie die Unternehmer mit allen Fragen der Wirtschaftspolitik zu beschäftigen, nur sollen sie nach deren Beispiele sich als Gewerkschaften nicht auf ein bestimmtes Parteiprogramm festlegen. Wenn deshalb Boeckh auch im allgemeinen Recht hat, so bleibt doch die Tatsache nicht zu verkennen, daß die Forderungen der Arbeiter mit Hilfe der Sozialdemokratie allein nicht durchzusetzen sind, obwohl sie gewiß die entscheidende Versectein beschaffen ist; sie ist unbefreitbar auf das Mitgehen der anderen linksstehenden Parteien angewiesen, woraus sich für die Arbeiter das Gebot der Neutralität allen fortschrittlichen Richtungen gegenüber von selbst ergibt. Der Verbandstag stellte dann noch eine Reihe von Forderungen auf Erweiterung der Bestimmungen der Bundesratsverordnung und strengeren Durchführung derselben. Die Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt, der Bildung von Gauein in dem Prinzip zugestimmt.

Von dem dritten Kongresse der **Fleischer** in Dortmund wollen wir um deswillen Notiz nehmen, weil auf dieser lokalpolitischen Tagung trotz der Aufstrebungen des anwesenden Herrn Kater erstmals der bekannte Demunziationsartikel Meyers in der „Einigkeit“ vollständig preisgegeben wurde, im übrigen aber der Einigungsgedanke

schon ganz kräftig zur Geltung kam und in Berlin inzwischen schon greifbarere Gestalt angenommen hat. Was das besagen will, wenn ein Mann wie Kater alle Winnen springen läßt — so verzapfte er auch den Unsin, daß eine allzuweit durchgeführte Zentralisation die Gefahr eines Zens für die Arbeiterbewegung in sich birgt (wiewohl doch die Sozialdemokratie immer mehr auf eine straffere Zentralisation Bedacht nimmt) — kann nur der verstehen, der diese unheilfullendsten Phrasendrescher schon einmal bei der Arbeit gesehen hat. Hoffentlich werden die Genossenschaftlichen Mitglieder recht bald vollends lebend!

Bei den **Stisch-Dundersche Gewerbevereinen** wurde in letzter Zeit die Zeitungsfrage wieder recht lebhaft erörtert. Redakteur Goldschmidt vom Zentralorgane unterbreitete nämlich den Mitgliedern das Projekt eines dreimal wöchentlich erscheinenden Blattes „auf breiter liberaler Grundlage“. Von einer Tageszeitung mußte des hohen Kostenpunktes wegen von vornherein abgesehen werden, obgleich diese Idee recht viele Anhänger in den letzten Jahren gefunden hat. Goldschmidt nimmt seiner Berechnung zur Grundlage, daß allein 100000 Mitgliedern das Zentralorgan von der Post ins Haus gebracht, ein Format wie das der „Täglichen Rundschau“ in Berlin gewährt wird und das Papiergewicht eines Jahresanges 3 kg nicht übersteigt. Das Blatt könnte bei dieser Auflistung einmal zwei, einmal einnahmlos und einmal einen Bogen in der Woche umfassen. Demnach würde ein Exemplar pro Vierteljahr an Kosten erfordern: 5 Pf. für die Redaktion, 20 1/2 Pf. für den Druck und 41 1/2 Pf. an Postgebühren, im ganzen also 67 Pf. pro Quartal. Goldschmidt macht deshalb den Vorschlag, eine wöchentliche Zeitungssteuer von 5 Pf. pro Mitglied einzuführen, womit sich dieses Projekt dann ganz gut verwirklichen ließe. Soweit wir übersehen konnten, fand dasselbe in den Mitgliederkreisen nicht allseitige Zustimmung, der diesjährige Verbandstag hat aber sojowje das letzte Wort in dieser Frage. Für unsere Mitglieder von Interesse dürfte eine Gegenüberstellung des Goldschmidtschen Redaktionssetats mit dem des „Corr.“ sein. Für das mit 3 kg Jahrespapiergewicht angenommene Stisch-Dundersche Zentralorgan werden nämlich 20000 Mk. Redaktionskosten in Ansatz gebracht, unser „Corr.“ mit 2,425 kg Papiergewicht erforderte im vergangenen Jahre an Ausgaben für Redaktion, Literatur, Expedition und sonstige Ausgaben aber nur 8459,47 Mk., (im Jahre 1902: 8727,28 Mk.), welche Summe in den nächsten Jahren wenigstens sich noch um etwas verringern dürfte, so daß selbst der konsequenteste Märgler in unseren Reihen in puncto Redaktionskosten mit dem „Corr.“ zufrieden sein dürfte.

Der rheinisch-westfälische Ausbreitungsverband, die sogenannte Düsseldorf Richtung, hielt zu Ostern ebenfalls einen Delegiertentag ab, über den Freund und Feind mit gleichem Behagen hergefallen sind. Der kleine Kreis von 70 Vertretern beschäftigte sich nämlich mit dem großen Probleme, wie eine selbstständige politische Betätigung der Gewerkschaften herbeizuführen sei oder richtiger gesagt: ob nach dem Vorbilde des Bundes der Landwirte und den Anfängen zu einer Mittelstands-party sich nicht auch eine politische Vertretung der Arbeiterklasse schaffen ließe, deren Programm der Niederstich der wirtschaftlichen Entwicklung des Berufslebens sein müßte. Von einem Kompromiß bei Wahlen mit irgend einer Partei, so betonte Eckelenz in seinem Nachwort noch besonders, könne keine Rede sein und ein Delegierter namens Ziegler meinte, mit den Leuten von der national-liberalen Partei, der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung könne man nicht zusammengehen. Die Gewerkschaftsreformer wollen also die Parole ausgeben: Nicht politisch neutral, wohl aber parteipolitisch neutral!

Das Problem der Düsseldorf Richtung ist ja nicht neu, es hat auch oben den nicht einmal ganz zureichenden Hinweis auf den Bund der Landwirte prinzipiell so gut wie alles für, materiell aber alles gegen sich. Wie bei Erwägung einer Lohnbewegung bzw. der Vorbereitung eines Kampfes gegen das Unternehmertum eines Berufes alle Chancen für und wider genauestens abzuwägen sein wollen, da der Ausfall nicht von der Stabilität der idealen Gründe, sondern von den Machtverhältnissen der Partner und ihrer wirtschaftlichen Präbierien abhängig ist, so muß auch hier faktbündig und ohne Vorbehaltenheit die aufgeworfene Frage in allen Konsequenzen durchdacht werden. Nach unserer unmaßgeblichen Meinung würden sich alle jetzt bestehenden Parteien gegen eine reine wirtschaftliche Arbeiterpartei wenden. Der „schlichte Mann aus der Werkstat“ nimmt sich eben nur in Neben und auf dem Papiere gut aus, in Wirklichkeit gibt es jedoch nur — nie zureichend so stellende, unverschämte und unbotmäßige Arbeiter. Wie die tägliche Erfahrung lehrt, wird bei Ausrückung dieser Prädikate gar nicht auf die Farbe der Verbindung gesehen, sondern die Schleißen der Ungnade ergreifen sich über Gerechte und Ungerechte. In welcher Weise man im Parlamente dergleichen Eingänger aufnimmt, zeigt das Beispiel des Abgeordneten v. Gerlach ja zur Genüge, den man jeden Tag zur Stammvölle der Sozialdemokratie anmeldet. Dem Bunde der Landwirte gibt übrigens nur die Stammesverwandtschaft zu den konservativen parlamentarischen Daseinsberechtigung, von denen sie tatsächlich nichts trennt. Wenn von zwei Brüdern der eine arot, der andre ein gefeierter Turfheld ist, so sind beide doch anerkannte Sportsmenschen. Bei der ganzen Frage wird aber stets ein recht ausschlaggebender Faktor übersehen und das ist das religiöse Moment im deutschen Volke, welches in demselben tiefer wurzelt und auf die

Arbeiterchaft trennender zurückwirkt als in anderen Ländern, mit alleiniger Ausnahme der deutschen Schweiz. Eckelenz soll ja selbst auf dem Delegiertentag das Faktum angeführt haben, daß katholische Arbeiter bei den Wahlen mit ihren Unternehmern zusammengehen, dieselben sogar selbst mit in das Parlament zu befördern bestreben, obwohl sie mit diesen Arbeitgebern vielleicht soeben erst in einem mit aller Leidenschaft geführten Streit gestanden haben, wie es das Bedburger Beispiel zeigte. Die Gewerkschaftsreformer wollen die Geschichte bis zu ihrem nächsten Delegiertentage mit heißem Bemühen studieren, viellecht wird dies bis dahin auch die Erkenntnis reifen, daß ihr alle Parteischemen verwerflicher Gedanke weniger realisierbar ist als der Traum anderer Leute von einem Siege des Evolutionismus in der sozialdemokratischen Partei. Was sich nämlich jetzt in Düsseldorf von derselben repräsentiert, ist hinlänglich Beweis, daß es so nicht weiter geht. Die Bernstein, Heine, Schippel, Braun, Kolb, Vollmar usw. haben ja mehr Anhänger als sie glauben und wenn die Intoleranz der Parteipäpste sich noch öfter in der unberührten Weise äußert, wie letzthin dem Bernsteinischen Montagblatt-Projekte gegenüber, dann erfährt der Revisionismus gewiß keine Erbärmung. Für die Düsseldorf Richtung bezweifelnd ist aber die gegenwärtige grimmige Feindschaft mit der dortigen „Schmidt-party“. Wenn der in Düsseldorf bloßgelegte Parteiimpf von anwohrenden Gewerkschaftsreformern jetzt erst sichtbar ward, so sind sie tatsächlich um die Unempfindlichkeit ihrer Berufsorgane zu beneiden.

Wie die Gutenberg-Bündler bei den **Frankfurter Kongressen** um Freundchaft buhlen und dort für sich Stimmung zu machen suchen, beweist folgende Notiz, die Behrens, der Leiter des erwähnten Kongresses der „nicht-sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, in seiner „Deutschen Gärtner-Zeitung“ brachte: „Wie es die Genossen treiben. Die Firma Haasenstein & Vogler stellte Ende Februar d. J. zwei Maschinenmeister, Mitglieder des Gutenberg-Bundes, ein. Als nun das mitbeschäftigte Personal des sozialdemokratischen Verbandes erfuhr, daß die beiden Meinungsstellen keine Verbändler wären, so wurden auf jede mögliche Art und Weise Befehrsversuche“ ange stellt. Als dies jedoch nichts half, legten die „Genossen“ die Arbeit nieder. Um diese Firma, welche als tarifreue bekannt ist, nicht in Verlegenheit zu bringen, wurden von befreundeten Buchdruckereien deren Arbeiten übernommen. Die Genossen suchten jedoch den Gutenberg-Bund in jeder Weise zu verächtigen. Einige Kollegen ließen sich auch betören, ließen ihre beim Bunde erworbenen Rechte im Stiche und traten dem allein seligmachenden Verbände als überzeugte(?) Genossen bei.“ Bei der letzten Ruhepause des Gutenberg-Bundes wurden Waiszettel über die Affäre an die bürgerliche Presse wie saurer Bier ausgeteilt. Selbstverständlich waren diese Elaborate bezahlte Arbeit des Gutenberg-Bundes, der es nach berühmten Vorbildern nun einmal mit dem sozialdemokratischen Bauwau gegen den Verband versuchen wollte. Daß ein Mann wie Behrens auf vorstehende blödsinnige Zeilen eines Gutenberg-Bündlers hineinfallen konnte, ist für den Werdegang dieses Mannes recht kennzeichnend, denn er hat in „Evangeli-schen Arbeiterboten“ unreine Organisation oft genug als neutral gerühmt und zum Vorbilde hingestellt. Der Tag jedoch, wo Herr Behrens über den Gutenberg-Bund ein Seitenstück aufgehen wird, ist nicht mehr fern; bis dahin mag er sich dieses zudersüßen Brüderchens von Herzen erfreuen.

Der in Luzern abgehaltene **schweizerische Gewerkschaftskongress** lieferte zu der Düsseldorf Richtung ein interessantes Gegenstück. Den Hauptpunkt dieser Verhandlungen bildete das von Grülich vorgeschlagene Liebereinkommen zwischen dem Gewerkschaftsbunde und dem christlichen Gewerkschaftsstarrelle. In Bern war vor zwei Jahren auf einem allgemeinen Arbeitertage der Beschluß gefaßt, die Katholiken sollten keine christlichen Gewerkschaften mehr gründen und die bestehenden auflösen. Wie in Deutschland ein Herr v. Savigny, so ist in der Schweiz ein Professor Zing aber eifrig mit der Gründung katholisch-konfessioneller Gewerkschaften beschäftigt; an ein Aufgehen der katholischen Gewerkschaften war unter den Umständen also nicht zu denken. Der Ausschluß richtete wohl an diese dem Arbeiterbunde angehörenden Organisationen die Aufforderung, sich gemäß der selbst mit gefaßten Beschließungen an die bestehenden Berufsverbände und durch diese dem Gewerkschaftsbunde anzuschließen sollten; die Vertreter der Katholiken im Arbeiterbunde hatten nämlich zuvor erklärt, daß ihre Bemühungen zur Durchführung des Berner Programms erfolglos gewesen wären. Die christlichen Gewerkschaften antworteten aber ablehnend auf diese Erinnerung an die Berner Beschließungen; sie wollten als Ganzes durch das christliche Gewerkschaftsstarrelle beim Gewerkschaftsbunde vertreten sein. Es kam dann des lieben Friedens willen ein vorläufiges Liebereinkommen zustande, nach dem genanntes Kartell einen Jahresbeitrag von 1500 Fr. an den Gewerkschaftsbund leisten, sich dem Statut desselben unterwerfen und seine Mitglieder anhalten sollte, bei Lohn- und Streikbewegungen mit den Berufsangehörten der anderen Gewerkschaften Hand in Hand zu gehen. Andererseits sollte das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes keine Verbände und Sektionen zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften und zu gemeinsamen Vorgehen in allen Fragen der Arbeitsverhältnisse anhalten. Das Christliche Liebereinkommen fand jedoch nur drei Beifürworter, bei der Abstimmung ergab sich sogar nicht eine einzige Stimme für

daselbe. Es wurde gegen daselbe ins Feld geführt, daß die in Bern proklamierte Neutralitätsbewegung nur bei den freien Gewerkschaften Befolgung gefunden habe, die christlichen Gewerkschaften dagegen beobachteten weder religiöse noch parteipolitische Neutralität, sie seien vielmehr Schwämme gegen die freie, die Arbeiterchaft als Klasse repräsentierende Gewerkschaftsbewegung. Die katholischen Arbeiter selbst hätten zwar kein Bedürfnis nach konfessionellen Gewerkschaften, katholische Parteiführer und Geistliche haben vielmehr dieselben gegründet und sich des Einflusses auf diese Arbeiter bemächtigt. Mit 147 Stimmen wurde dann folgender Resolution zugestimmt: „Die beantragte Vereinbarung zwischen dem schweizerischen Gewerkschaftsbunde und dem christlichen Gewerkschaftsstarrelle ist gänzlich abzulehnen. Die katholischen Soziologen werden aufgefordert, ihrem anlässlich des Luzerner Arbeitertages gegebenen Versprechen, betreffende die Unterlassung der Neugründung von konfessionellen Gewerkschaften, nachzukommen, eventuell sollten dieselben aufgelöst und ihre Mitglieder bewogen werden, sich den bestehenden Berufsorganisationen anzuschließen. Falls die genannten Soziologen dieser Aufforderung nicht nachkommen, behält sich der schweizerische Gewerkschaftsbund weitere Schritte vor und ist das Bundeskomitee beauftragt, den Verbänden und Sektionen Vorschläge zu unterbreiten, das unfaßbare Verhältnis im schweizerischen Arbeiterbunde anderweitig zu regeln.“ Wir haben unter dieser Rubrik des störenden Eingriffes der angezogenen Faktoren schon einmalmal gedacht, nun ist die Neutralitätsbewegung tatsächlich in die Brüche gegangen, woran man wohl auch diesseits einen Teil der Schuld trägt. Nach unseren aufmerksamsten Beobachtungen entfällt der Vorwurf des Verschuldens jedoch in erster Linie auf die außerhalb der Arbeiterchaft stehenden Kreise, welche das religiöse Moment als vorzügliches Bindemittel benutzen, einen gar nicht kleinen Teil der Arbeiterchaft in ihr Schlepptau zu nehmen. Sollte das Luzerner Ergebnis nicht von symptomatischer Bedeutung für die weltbewegenden Pläne der Düsseldorf Richtung sein?

Faßt ausschließlich mit der Lehrlingsfrage beschäftigte sich der außerordentliche Kongress des holländischen Zigarrenmacher- und Tabakarbeiterverbandes. Es wurde eine Resolution angenommen, durch welche die Ortsabteilungen verpflichtet wurden, wenn möglich gemeinsam mit den Bruderorganisationen und den Arbeitgeberorganisationen darauf hinzuwirken, daß die Zahl der Lehrlinge so viel wie möglich vermindert und ein System eingeführt werde, wobei die Lehrlinge nicht wie jetzt hauptsächlich im persönlichen Interesse ausgebeutet, sondern zu tüchtigen Fachmännern ausgebildet werden.

Der vielen Verbandstage und Kongresse wegen lassen wir diesmal weitere ausländische Notizen sowie solche aus der Genossenschaftsbewegung jurüd. Km.

Rundschau.

Die **Finalistenkasse der Berliner Buchdrucker** in Sig. hatte bei Eintritt der Liquidation am 1. November 1902 ein Vermögen von 310420,94 Mk. Dazu noch verschiedene Einnahmen in den Monaten November und Dezember (1872,02 Mk.), so daß am Jahreskesschluss das Vermögen nach Abzug der Ausgaben von 11776,05 Mk. noch 300916,91 Mk. betrug. Im Jahre 1903 wurden an Zinsen, Kursgewinn usw. 7972,70 Mk. vereinnahmt und 78033,63 Mk. verausgabte, so daß am 31. Dezember 1903 ein Restbestand von 230855,98 Mk. verblieb. — Invaliden waren bei Eintritt der Liquidation vorhanden 204. Es starben bis 31. Dezember 1903 12 Invaliden, so daß bei Schluss des Jahres 192 Invaliden verblieben, von denen 8 eine Unterbringung nicht erhielten, weil sie in Buchdruckereien tätig waren oder ein Einkommen aus Beschäftigung hatten, welches den Betrag von 18 Mk. wöchentlich überstieg.

In Konstanz erschienen zur Gehilfenprüfung neun Lehrlinge aus den Druckorten Konstanz, Engen, Salem, Säckingen, Bomdorf, Triberg, Donaueschingen. Von diesen erhielten zwei die Note „gut“, zwei „ziemlich gut“, drei „ungenügend“. Die beiden letzten (aus Säckingen und Donaueschingen) müssen auf Kosten ihres jetzigen Lehrherrn, welcher sie vernachlässigte, bei einem andern Prinzipale noch ein halbes Jahr nachlernen.

Die **Kespertierung von tariflichen Vereinbarungen** hat auch die Stadtverwaltung von Mainz ihren Lieferanten zur Vorschiff gemacht. Die Klemper- und Schlofer dafelst hatten mit der Klemper- und Schlofferinnung einen Tarif abgeschlossen. Als einige Firmen tarifbrüchig wurden, wandte sich die Vertretung dieser Arbeiterchaft an die Bürgermeisterei, von welcher nach langem Warten nun der Bescheid einging, daß die Stadtverordnetenversammlung die Aufnahme einer Klausel in die Bedingungen zur Vergabung von Arbeiten und Lieferungen im Bereiche der städtischen Bauverwaltung beschlossen habe, wonach bei Vergabung von diejenigen Unternehmer berücksichtigt werden, welche sich verpflichten, die zwischen ihnen und ihren Arbeitnehmern zurzeit der Lebernahme der Arbeit bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen während der Ausführung der Arbeit nicht zuzunehmen der Arbeiter zu verändern.

Ein den Zeitungsverlegern recht abholden Stadtrat best. Neustadt a. S. Derselbe hat nämlich den Beschluß gefaßt, die für die dortigen Zeitungen für Inserate ausgeworfenen Pauschalsummen noch mehr herab-

zulegen. So sollen dem „Pfälzer Kurier“ von 500 Mk. 200 Mk., der „Bürgerzeitung“ von 500 Mk. ebenfalls 200 Mk., der „Neufläther Zeitung“ von 350 Mk. 150 Mk. und dem „General-Anzeiger“ von 300 Mk. 200 Mk. abgezogen werden. Wenn die Neufläther Blätter sich diese „Lohnreduktion“ gefallen lassen, werden sie bald gar nichts mehr erhalten von dem hoffentlich konsequent sparsamen Stadtrat.

Der Verein deutscher Steindruckereibesitzer hat auf seiner in Frankfurt a. M. abgehaltenen Hauptversammlung zur Frage der Tarifgemeinschaft und zu der von der Gehilfenorganisation unterbreiteten Tarifvorlage eine nicht gerade hoffnungsvolle Stellung eingenommen. Im Prinzip erklärte man sich zwar für eine Tarifgemeinschaft, doch soll eine derartige Regelung des Arbeitsverhältnisses nur mit Vertretern des Gesamtgewerbes vorgenommen werden. Da die eingereichte Tarifvorlage ohne Mitwirkung der Gesamtgehilfenschaft zustande gekommen und der Prinzipalverein auch die Minderheit der Unternehmer dieser Branche repräsentiert, so trat die Versammlung in eine Beratung und Beschlussfassung über die Tarifvorlage nicht ein. Aber auch wegen einer Reihe von Forderungen, „die ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse aufgestellt worden sind“, und eine ganz wesentliche Verteuerung der Produkte bedeuten würden, müsse die Vorlage ohne weiteres als undiskutierbar bezeichnet werden. Zum Schluss wird in der angenommenen Resolution dem Prinzipalvereine wie der Gehilfenvereinigung anheim gegeben, bei der etwaigen Weiterverfolgung der Angelegenheit die ausgesprochenen Gesichtspunkte als Richtschnur zu beachten. Die Herren Steindruckereibesitzer wissen ganz genau, daß mit Ausnahme des kleinen Sonderverbandes der Lithographen die gesamte Gehilfenschaft die Schaffung eines Tarifes anstrebt, selbst die Herbst-Wünterliche Richtung will ja bebingterweise mitmachen. Die Frankfurter Erklärung für eine Tarifgemeinschaft im Steindruckergewerbe ist daher eigentlich nichts anderes, als eine notgedrungen äußere Zustimmung, innerlich dürfen die Herren mit ihrer Ansicht darüber sich nicht weit entfernen von dem Standpunkte der tarifgewerlicher Zentrumsdrucker (s. vor.). Zum bessern Verständnis für diese uns aus mehrfachen Gründen nicht verwunderliche Haltung des genannten Vereins in der Tarifgemeinschaftsfrage diene auch die Tatsache, daß der genannte Verein seinen Sitz in — Leipzig hat.

Die „Berliner Volkszeitung“ soll, wie die „Chemnitzer Volksstimme“ mitzuteilen weiß, nicht an Rudolf Mosse, sondern an die Firma August Scherl verkauft worden sein. Außer dem Chefredakteur Wolfrath sei allen Redakteuren bereits gekündigt worden.

Der österreichische Verbandsvorstand beruft für den 12. August und folgende Tage den V. ordentlichen Verbandstag nach Innsbruck ein. Von den acht Tagesordnungspunkten nennen wir: „6. Die Abänderung der Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Verbandsvereine und deren Mitglieder“ und „6. Förderativverband oder Reichsverein?“

Der Buchdrucker-Gesangsverein „Typographia“ in Salzburg begehrt zu Pfingsten sein zehnjähriges Gründungsfest mit Festversammlung, Konzert und Ausschügen in die Umgebung. Ihr Erscheinen haben die Kollegengesangsvereine aus München und Linz zugesagt.

In Warschau ist wieder eine geheime Druckerei entdeckt worden, wobei es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den sich und ihr in den Dienst der Aufklärung und Volksbefreiung gestellten Druckerunternehmen Verteilenden und den Schergen des russischen Absolutismus kam. Die neue vergrößerte Druckerei war in der Wohnung eines Schuhmachers untergebracht, wo sie von einem zahlreichen Polizeiaufgäbe in dem Augenblicke aufgehoben wurde, als der Schuhmacher, dessen Frau und noch drei Personen sich in den Räumen befanden. Die Ueberraschten beschlossen, sich einen Weg durch die Reihen der Polizisten zu verschaffen. Als daher die Türen von den Sächern gewaltsam geöffnet wurden, gaben sie Feuer auf die Eindringenden, töteten oder verwundeten sechs derselben und schlugen sich bis zum Hofe durch. Hier fielen die Frau und zwei der Männer der Polizei aber doch in die Hände, zwei hingegen entkamen. Der Boden zur Freiheit ist in Rußland reich mit Blut bedrängt, vielleicht rückt durch die kriegerischen Ereignisse im Osten der Augenblick jetzt näher, wo diese Saat endlich aufgehen wird.

Professor Franz v. Lenbach, der berühmte Maler und Schüler Plöhl's, Schöpfer geistvoll charakterisierter und koloristisch glänzender Männer- und Frauenbildnisse, auch hervorragend als Pastellmaler sowie im Kopieren alter Meister, ist nach längerem schweren Leiden in München im Alter von 67 Jahren gestorben.

Der bekannte ungarische Schriftsteller und Politiker Maurus Fokai ist im 80. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbene war der gefeiertste Schriftsteller und Dichter seines Vaterlandes. Von seinen Romanen und Dichtungen (etwa 300 Bände) seien nur genannt: „Ein ungarischer Nabo“, „Schwarze Diamanten“, „Die Narren der Liebe“, „Der Goldmensch“, „Nab Naby“, „Die beiden Trent“.

Die Hüssener-Affäre hat nochmals ein Preisopfer gefordert. Der Redakteur der ultramontanen „Offener Volkszeitung“ Kappert hatte seinerzeit, als die über Hüssener verhängte Gefängnisstrafe von vier Jahren in eine zweijährige Festungshaft verwandelt wurde, eine Satire veröffentlicht, in der geschilbert wurde, wie der Messerheld Hüssener von den Offizieren dazu beglückwünscht und gefeiert worden ist. Weil dem angeklagten Redakteur nicht im vollen Umfange der Beweis gelungen, daß die

betreffenden Offiziere so gehandelt, wurde er zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Was in Sachsen politisch ist. In Meerane fand im vorigen Jahre eine Textilarbeiterversammlung statt, in welcher auch ein Referat über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Spinnereien und der Zweck der Arbeiterauschüsse“, gehalten wurde. In seinem Vortrage hatte der Referent beiläufig auch bemerkt, daß die Arbeiter den Arbeiterauschüssen mehr Vertrauen als den Gewerbeinspektionen schenken können. Durch diese Äußerung sollte die Versammlung nun auf einmal nach Ansicht der Polizeibehörde einen politischen Charakter erhalten haben, weil eine kritische Besprechung der Arbeiterauschüsse und Gewerbeinspektionen nicht Sache einer gewerkschaftlichen Versammlung sei. Der Leiter der Versammlung erhielt wegen Uebertretung des sächsischen Vereinsgesetzes sodann ein Strafmandat, welches Schöffens- wie Landgericht befristigten. Vor dem Oberlandesgerichte vertrat die Staatsanwaltschaft den Standpunkt, eine Versammlung zu politischen Zwecken sei vorliegend gewesen, denn es hätte sich um die Kritik von Gewerbeinspektionen im allgemeinen gehandelt. Die Berufung wurde also auch hier verworfen und aufs neue haben damit die sächsischen Gerichte die Berechtigung ihres alten Rufes erbracht: Sachsen allzeit voran!

Der Unternehmer Geisrei über den Terrorismus der Arbeiterschaft ist eitel Fünferer, denn an unzähligen Beispielen läßt sich der Beweis erbringen, daß die Arbeitgeber überhaupt kein andres Mittel gegen die Arbeiter kennen als blanke Schredensherrschaft. Eine Berliner Fensterreinigungsfirma beschienigte z. B. einem entlassenen Arbeiter: „Seine Entlassung erfolgte, weil er trotz Verbot eine Versammlung besucht hat“. Diefelbe wird aber eher den mißliebigen Arbeiter als einem Terrorismus ausübenden Menschen ansehen, denn sich selbst dieser Handlungsweise für überführt erachtet. Und so verwechselt das Unternehmertum fast immer Ursache und Wirkung.

Auf den Unternehmer-Arbeitsnachweisen geht es wunderbar gemächlich zu, wie jüngst wieder ein Berliner Metallarbeiter erfahren mußte. Derselbe sollte bei einer nicht gerade in günstigen Sinne bekannten Firma in Arbeit treten, weigerte sich aber, den die Organisationsangehörigkeit betreffenden Revers zu unterschreiben, weswegen er dann nicht eingestellt wurde. Auf dem KÜBENMÄNNERBÜRO drückte man ihm daraufhin einen Stempel auf das Titelblatt des Arbeitsbuches, womit eine gewisse Kennzeichnung für den betreffenden Arbeiter verbunden ist. Als derselbe nun auf Muraten von Leuten, welche die Sache kennen, die Entfernung des Stempels verlangte, bequemte man sich auf dem Nachweise zwar zur Wegräumung des Kräftezeichens, der Arbeiter erhielt aber als Draufgabe eine kräftige Ohrfeige verabreicht.

Auch eine Zumutung! In Nr. 51 brachten wir unter dieser Schlagmarke eine uns zugegangene, aber mehrfaß zurückerhaltene Notiz, in welcher zu unserm Bedauern der „Hannov. Volkswille“ eine Spitze gegen sich erblickt. Das lag keineswegs in unserm Absicht. Die Geschichte ist aber so furchtbar nett, daß wir sie in ihrem neuen Gewande noch einmal erzählen wollen. In der ehemaligen stolzen Residenz an der Leine spricht man befeindlich nicht nur das schönste Deutsch, sondern man kann auch mit anderen Dingen aufwarten, um die andere Großstädte Hannover einfach beneiden müssen. Das ist z. B. der Herr Stadtdirektor (gleichbedeutend mit Oberbürgermeister) ein Muster von Arbeiterfreundlichkeit, wie es seine zweite Kommune, selbst nicht das goldene Mainz, aufweisen dürfte. Es war daher nur recht und billig, diesen Idealmenschen in den Aufsichtsrat der Kontinental-Liutpeterka-Komp. einzuziehen zu lassen; nun konnte dieser Musterfuzalpolitiker seinen edlen Neigungen ja voll die Zügel schießen, seine vielen schönen arbeiterfreundlichen Taten zur Tat werden lassen. Da die genannte Gesellschaft — auch Dividendenungeheuer genannt — keineswegs unter die notleidenden industriellen Vereinigungen zu rubrizieren ist, so stand eine praktische Betätigung des Stadtdirektors nach dieser Richtung bestimmt zu erwarten. Der „Hannov. Volkswille“ brachte also vom 14. April die Notiz, daß der Stadtdirektor auf der Generalversammlung der Kontinental ein glänzendes Debut geliefert habe. In längerer, wuchtiger und hinreißender Rede sei er für eine Besserstellung der Arbeiter jener Gesellschaft eingetreten und der Effekt dieses erstmaligen Auftretens sei so groß gewesen, daß der mit Glücksgütern nicht gerade unumschlichtig begabte Aufsichtsrat einstimmig beschloß, auf die Lantienne zugunsten der Arbeiter zu verzichten! — Am andern Tage mußte jedoch das hannoversche Blatt eingestehen, daß es dem Stadtdirektor Unrecht getan. Der sonst so gesprächige Herr habe nicht ein Wort verloren, nur in rührender Uebereinstimmung mit den anderen Herren, die da ebenfalls gekommen waren, um für ihre schwere Jahresarbeit den verdienten Lohn einzuholen, die Verteilung einer Dividende von 45 Proz. und die demgemäß nicht zu knapp bemessene Aufsichtsratslantienne mit beschlossen. Der Sozialpolitiker auf dem kurlischen Sessel in Hannover hatte im vergangenen Jahre also folgende schmalen Einkünfte: Gehalt als Stadtdirektor 24 000 Mk., an Dividenden 58 000 Mk., Aufsichtsratslantienne etwa 60 000 Mk. Wie viel von den Dividenden nicht direkt in seine Tasche fließt, interessiert weiter nicht. Jedenfalls kann sich Hannover rühmen, einen Mann an seiner Spitze zu haben, der noch weiß, wo dem Manne aus dem Bolke der Schuh drückt, der in seinem ganzen Auftreten und seiner bescheidenen Lebensführung nicht

etwa dazu beiträgt, daß, wie leider in so manchen anderen Orten, das Beispiel der oberen dazu beiträgt, den Klassenhaß in den unteren Volksschichten zu wecken und zu schüren. Der „Hannoversche Volkswille“ hatte sich also eine sehr gelungene Satire geleistet, ist aber keiner Mystifikation zum Opfer gefallen.

Die Lebensmittelpreise im April zeigten in sieben Großstädten nur ganz geringe Veränderungen. Rindfleisch und Schweinefleisch waren in Danzig, Butter in Stuttgart, Erbsen und Weizenmehl in München teuer, dagegen sanken in letzter Stadt die Brotpreise. Der gesamte wöchentliche Familienbedarf an Nahrungsmitteln, berechnet nach dem Dreifachen der Verpflegungsverration eines deutschen Marinejoldaten, stellte sich demnach in Danzig auf 20,97 Mk., Berlin 20,70 Mk., Dresden 21,82 Mk., Chemnitz 22,46 Mk., Leipzig 20,91 Mk., Stuttgart 20,73 Mk. und München 20,78 Mk. Wie viel kann in diesen Städten eine Arbeiterfamilie von sechs Köpfen in Wirklichkeit aber für die notwendigen Lebensmittel aufwenden, ganz zu schweigen von der Befriedigung der vielen anderen Lebensbedürfnisse?

Wenig schmeichelt für die preussische Polizei ist die Tatsache, daß in den Jahren 1901 und 1902 vom Kammergerichte 60 und vom Obergerichtsgerichte 10 Polizeiverordnungen ganz oder teilweise aufgehoben wurden, weil gegen die bestehenden Gesetze verstoßend. Da es sich vorliegenden Falles nur um bis zur höchsten Gerichtsstanz durchgeföhtene Prozesse handelt, dürfte die Zahl 70 noch eine beträchtliche Erhöhung erfahren, wenn alle Polizeiverordnungen eine Nachprüfung unterzogen würden. In der Tat sehr schmeichelt für den gefeßesfreudigen Polizeigeist in Preußen!

Wozu die Krankenkassen und ihre Mittel den Ärzten dienen sollen sichert die „Krankenkassen-Zeitung“ in ihrer Nr. 18. Ein Herr Dr. Weitemeyer in Erfurt, stammer Anhänger der forschen Leipziger Richtung, hat nämlich einen Weg gefunden, der Misere des ärztlichen Standes abzuhefen und man muß getehen, das Mittel ist probat, weil absolut kostenlos für die zu beglückenden Ärzte. Der Herr hat nämlich vor etwa zwei Jahren eine Zentralfstelle für Medikamente, die Concordia medica, errichtet, welche ihre Arzneimittel an alle Apotheken unter besonderer Etikette liefert. Den Ertrag dieser Medikamentenfabrik will der Herr Weitemeyer ärztlichen Unterstützungs- und Versorgungs-zwecken zu gute kommen lassen, um den „hüßigen Fällen der Not bei Ärzten und deren Angehörigen“ etwas abzuhefen; natürlich wird er zuvor in nicht zu knapper Weise auf sein eigenes Fach bedacht sein! Nach zweijähriger Karenzzeit sollen die Mitglieder dieser befragtsten Hilfskasse Anspruch auf ein Sterbegeld von 200 Mk. haben, welches auf 500 bis 1000 Mk. erhöht werden soll, wenn die Geschäfte einigermaßen klappt. Die der Concordia medica angehöbigen Ärzte haben weiter nichts als Gegenseitigkeit zu tun, als C. m. auf den Rezepten zu ordnen. Das Geschäft macht sich dann ganz von selbst, denn Dr. W. berechnet seine Medikamente mit einer Aufschlagung von durchschnittlich 25 Proz., um welche Differenz die anderen Großlieferanten der Apotheker billiger sind. Die Apotheker natürlich geben Concordia medica-Fabrikate, wenn solche auf den Rezepten verlangt werden. Herr Dr. Weitemeyer kommt nicht etwa von hinten herum, sondern er dürfte auf dem Kölner Aergertage im vorigen Jahre in voller Öffentlichkeit seinen Fühzug auf die Gelber der Krankenkassenmitglieder entwerfen. Er rednete den auffordrenden Vertretern des bedrückten Arztesandes vor, daß, wenn die Mitglieder des Leipziger Verbandes jedes wöchentlich z. B. eine Flasche Tinctura ferri composita Marke Concordia medica verbordne, jährlich 175 000 Mk. der von ihm begründeten Hilfskasse zuströmen würden. Diese selbst zählte im vergangenen Jahre 455 Mitglieder, der von Dr. Weitemeyer abgelieferte Ueberfluß bezifferte sich für 1903 auf 1338,68 Mk. Die Sache läßt sich also schon ganz gut an, sie könnte aber gerade unter der Herrschaft der völlig freien Arztwahl einen ungeanteten Aufschwung erfahren. Die Kasseevorwände und die Krankenkassenmitglieder haben also allen Anlaß, das Einschmuggeln der Marke Concordia medica zu verhindern, denn die beteiligten Arbeitergroßen sind denn doch nicht einer solchen Schräpperei wegen da. Als was ein Teil der Ärzte die Krankenkassen eigentlich anfiehet, erhellt allerdings an dem Beispiele der Concordia medica wieder einmal überdeutlich.

Die Vorzüge der freien Arztwahl und um wieviel „besser“ und „gründlicher“ die Kassemittleres behandelt werden, wenn sie sich an den „Arzt ihres Vertrauens“ wenden können, demonstriert auch der Bericht der Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. für 1903. Im Stadtbezirk waren für die Kasfe tätig 209 Ärzte, auf einen müßten demnach durchschnittlich 418 Behandlungsfälle kommen. Sehen wir nun einmal, wie es damit in Wirklichkeit ausfiel und wie schön und gleichmäßig sich im Interesse zweckdienlicher Behandlung der erkrankten Mitglieder die Benugung der Ärzte betrieft. Fünf Ärzte sind überhaupt nicht in Anspruch genommen worden, bis zu 100 Fällen, also geringfügige Beschäftigung, hatten 49 Ärzte. Mit 101 bis 400 Fällen waren beteiligt 77 Ärzte, mit 401 bis 700 Fällen 47 Ärzte. Das interessanteste Bild bieten aber die Matadore. 701 bis 1700 Fälle erlebigen — unzuweifelhaft ohne Ueberanstrengung und in peinlich gründlicher Behandlung! — 32 Ärzte. In 1902 lieferte den Rekord als Arzt des Vertrauens einer mit 1701 bis 1800 Fällen, in 1903 kann sich ein Arzt des nämlichen Zuspruchs rühmen,

müß aber bescheiden vor zwei Kollegen zurücktreten, die 1801 bis 2000 Fälle bewältigt haben, was seit 1898 nicht mehr da war, während der Matador für 1903 bis auf 1896 zurückgehen müß, um ein Vorbild zu finden, das wie er im Vorjahre zwischen 2001 bis 2500 Klassenfranken abfertigen konnte.

Das gewaltige Steigen der Bodenrente in Berlin veranschaulicht eine von der „Nationalzeitung“ gegebene Aufstellung. Im Jahre 1866 wurde der Boden in Berlin allgemein mit 94 Mk. pro Quadratmeter bewertet, während er jetzt auf 252 Mk., im Zentrum der Stadt, dem eigentlichen Geschäftsviertel, ja sogar auf 500 Mark gestiegen ist. Der Handel mit Grund und Boden ist also der profitabelste, diesem Wucher ist alles — Staat, Gemeinde, Kapitalist und Arbeiter, letzterer in Form des immer höher steigenden Mietzinses — tributpflichtig, von den drei ersteren macht aber jedes recht gern den Tanz mit, wenn es sich um das Nehmen handelt.

Die Maier in Pforzheim, welche ihren Meistern eine Tarifvorlage unterbreitet hatten, sind in den Anstand getreten. — In Hamburg streiten die Leiter gerüßelter. — Auf der Grube „La Houwe“ bei Kreuzwald in Lothringen feiern von der 1100 Mann starken Bergarbeiterbelegschaft 900. Es wird eine Lohnserhöhung, die Entlassung eines Steiger's und die Anstellung eines zweiten Klassenarztes verlangt.

Briefkasten.

-nn-, Frankfurt a. M.: Da wollen wir nur unsere Finger davon lassen. Sagen Sie an unsrer Stelle, würden Sie manchmal mit den eignen Kollegen ganz beschämende Erfahrungen machen. — Sch. in Karlsruhe: Lassen Sie den Herrn vom Tonsegerverbande nur gründlich ablaufen. Eine derartige Ausnutzung des Gesetzes vom Urheberrechte ist starker Tadel und gar nicht vom Gesetzgeber gewollt. Für große Sachen läßt man sich das schon gefallen, aber selbst die Leiter der großen Konzerte und Orchester haben den Herren eine geföhrige Abgabe zuteil werden lassen. — B. in Bremen: 3,75 Mk. — L. in Schleswig: 1,25 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüreau: Berlin SW 29, Chamissostraße 5, III.

Bezirk Münster i. W. Die Sezer Max Wetmann in Bocholt und Bernard Hejener in Lidensteyd werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt.

Essen. Der Akquisitor Heinrich Schütz, gegenwärtig in Haltern i. W., sowie der Sezer Richard Pfugradt in Oberhausen werden hiermit ersucht, ihren Verpflichtungen dem Ortsvereine Essen gegenüber innerhalb vierzehn Tagen nachzukommen, widrigenfalls sie den Ausschluss zu gewärtigen haben.

Meceln. Die Wohnung des Vorsitzenden ist nicht wie im Adressenverzeichnis steht Polangenstraße 1, sondern Polangenstraße 36, I.

Oldenburg. (Maschinenmeisterverein.) Der Vorstand besteht aus: Hermann Seedt, Schillingstraße 4, Vorsitzender; v. d. Winkel, Ziegelhofstraße 20, Kassierer.

Witten a. d. Ruhr. Die Adresse des Kassierers lautet: Henry Feist, Breitestraße 33.

— Das Vereinslokal befindet sich jetzt bei Herrn Wirt Fritz Oberbichl, Restaurant „Zum ollen Fritzen“, Auguststraße 27.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Beuthen (D.-S.) der Sezer Alois Brosch, geb. in Neustadt (D.-S.) 1886, ausgef. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Königshütte der Sezer Ludwig Danzer, geb. in Bughofen 1882, ausgef. in Regensburg 1899; war schon Mitglied. — Franz Habrian in Beuthen (D.-S.), Schönstraße 1.

In Dresden l. der Sezer Paul Keller, geb. in Görlitz 1871, ausgef. das. 1890; 2. der Schweizerbege Max Brückner, geb. in Ziegenrück 1872, ausgef. in Pögned 1890; waren schon Mitglieder. — S. Steinbrück, Mathildenstraße 7, I.

In Frankfurt a. M. die Sezer 1. Theodor Schüttig, geb. in Frankfurt a. M. 1886, ausgef. das. 1904; 2. Wilh. May, geb. in Stuttgart 1886, ausgef. in Frankfurt a. M. 1904; 3. Heinz Heil, geb. in Wöckenheim 1886, ausgef. in Frankfurt a. M. 1904; die Drucker 4. Karl Böttcher, geb. in Prag 1886, ausgef. in Frankfurt a. M. 1904; 5. Andreas Weich, geb. in Gimmheim 1870, ausgef. in Frankfurt a. M. 1888; die Gezer 6. Wilhelm Bender, geb. in Obervad 1886, ausgef. in Frankfurt a. M. 1904; 7. Friedrich Schmidt, geb. in Niederrad 1886, ausgef. in Frankfurt a. M. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — Phil. Guttfardt, Heidestraße 50, IV.

In Grauh (Meckl.) der Sezer Heinrich Kählweg, geb. in Döhren (St. Syke) 1885, ausgef. in Delmenhorst 1903; war noch nicht Mitglied. — R. Woltz in Schwerin (Meckl.), Bergstraße 7.

In Kassel die Sezer 1. Ernst Gahlow, geb. in Nagebuhr (Homm.) 1886, ausgef. das. 1903; 2. Wilhelm Steinmeß, geb. in Kassel 1886, ausgef. das. 1904; 3. Heinrich Reife, geb. in Breitenbach b. Hoop 1886, ausgef. in Kassel 1904; 4. Friedr. A. Hartung, geb. in Weßfelden 1886, ausgef. in Kassel 1904; 5. der Drucker Karl Stiedt, geb. in Bilschhausen 1886, ausgef. in Kassel 1904; waren noch nicht Mitglieder. — Konrad Engelbach, Kastelnstraße 12, II.

In Oppeln l. der Drucker Franz Jungmann, geb. in Groschowitz b. Oppeln 1885, ausgef. das. 1904; 2. der Sezer Paul Laste, geb. in Oppeln 1886, ausgef. das. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — Emil Pfändt in Neisse, Breslauerstraße 5/6.

In Rawitsch die Sezer 1. Max Hüffel, geb. in Rawitsch 1886, ausgef. das. 1904; 2. Bruno Pietzsch, geb. in Rawitsch 1886, ausgef. das. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — F. Wagner in Posen O 1, St. Martinstraße 37, Seitenh. III.

Arbeitslosen - Unterstützung.

Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem Sezer Hans Balzer aus Gießen die Hyp.-Nr. 45837 einzutragen.

Verein der Stereotypeure und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.

Sonntag den 16. Mai, abends 6 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. Vereinskassensammlung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Frankfurt a. Main.

Heute Dienstag den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Allgem. Buchdruckerversammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen des Tarif-Ausschusses. Referent: Kollege C. Dominik; 2. Kandidaten-Aufstellung zur Wahl eines ersten Gehilfen-Stellvertreters. Hieran anschließend:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Aufstellung von Kandidaten zur Geworkeauswahl; 2. Wahrscheinliches. Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet. Der Bezirksvorstand.



Typogr. Gesellschaft, Hamburg.

Zu der am Sonntag den 15. Mai in Gussows Gesellschaftshaus, Schauenburgerstraße 14, stattfindenden Skizzen-Ausstellung (Hervorgegangen aus dem letzten Skizzierkurs der Gesellschaft) laden wir sämtliche Buchdrucker Hamburgs und Umgegend hierdurch freundlichst ein. Der Vorstand. [86]

Konkurrenzlos!

Buchdruckerei in Thüringer Stadt ohne Konkurrenz, verlässliche Schnellpresse, Westonsprei, Schreibmaschine, neues, modernes Schreibmaterial. Preis 4500 Mk. Werte mit Mitsporto unter R. W. 68 postlagernd. S. M. u. erbeten. [91]

Vertrauensposten.

Zur Uebersichtung des Komplettmaschinen sowie sonstigen Betriebes wird eine in allen Zweigen der Schriftgewerbe praktisch erfahrene, energische u. zuverlässige Persönlichkeit gesucht, die in gleicher Stellung bereits tätig war und Abnahmeleistung nachweist. Werte Offerten nebst Gehaltsansprüchen unter „München 78“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes. [94]

Erster Maschinenmeister

tätiger Illustrations-, Werk- und Farben-drucker, wird gesucht. Werte Offerten nebst Gehaltsansprüchen unter „München 78“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. [94]

Schriftgraber

findet dauernde Kondition. Werte Offerten an Schriftg. Eduard Scholt, Wien XVIII. [94]

Sezer

in allen Sprachen bewandert, der deutschen und französischen Sprache mächtig, Kenntnisse des Italienischen, sucht seine Stellung zu verändern. Werte Offerten unter H. R. 90 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

H. Andressen & Sohn, Hamburg. Stereotyppapier u. Materialien = Matrizenpulver, Prägematern. =

Um die Adresse des Buchdr. Hugo Hoffmann aus Guben, welcher vom Jahre 1899 bis Juli 1902 in Sera in der Meiß. Zeitungs-fond., hiltel W. Scholz, Schneider, Gera-Neuß, Leontinenstr. 11, I. Porto w. verg. [87] Anfertigungs-Bedingungen: Viergespaltene Nonpareille-Jelle 25 Pl., Stellen-Angebote, Geheite u. Vereinsanzeigen bei direkter Zusendung die Jelle 20 Pl. = Belegnummer 5 Pl. — Die sämtlichen Beiträge müssen bei der Aufgabe der Anzeigen eintrudiet werden. — Offerten ist Freimarke zur Weiterbeförderung beizufügen.

Typographia Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.

Donnerstag den 12. Mai (Himmelfahrt):

Herrenpartie nach Zeuthen — Schülzendorf.

Abfahrt: Grützer Bahnhof morgens 8 Uhr 10 Min., Charlottenburg 7 Uhr 21 Min., Schöneberg 7 Uhr 52 Min., Bilitz bis Eichwalde-Schwandau, Frühstück in Schwandau Restaurant zur Palme, von dort um 10 1/2 Uhr über Hankes Wägle nach Zeuthen (Einsparung), 12 Uhr Weitermarsch nach Schülzendorf; daselbst Mittagsessen (1 Mk.) und Kaffeepochen. 5 Uhr Rückmarsch nach Grünau. — Schülzoppen. Allseitiger Beteiligung sieht entgegen. Der Vorstand. [64]

Frankfurt a. Main.

Donnerstag den 12. Mai (Himmelfahrtstag):

Ausflug nach dem Buchrainweiher.

Zusammenkunft morgens 6 Uhr auf dem Affentorplatz. Abmarsch präzis 6 1/2 Uhr. Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen. Das Vergnügungskomitee. [92]

Maschinenmeister - Verein

Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Am Himmelfahrtstage, den 12. Mai:

Herrenmorgentour nach Hausbruch.

Treffpunkt und Abfahrt: St. Pauli-Landungsbrücken, morgens 6 1/2 Uhr. Die Sezerkollegen sowie Freunde des Vereins sind hierzu freundlichst eingeladen. Zur Morgentour nach Hausbruch ist vor allen Dingen Recht viel Humor und gutes Frühstück mitzubringen! Der Vorstand.

„Typographia“ * Berlin.

Dem Wunsche vieler Frauen nachkommend, eine Zusammenkunft der derselben zu veranstalten, erlaubt sich die Unterzeichnete die Damen zu einem gemüthlichen Kaffeekochen am Himmelfahrtstage nach den Arminhallen (nachmittags 3 Uhr) einzuladen. Behufs Aussprache über die seitens der Damen event. zu treffenden Veranfassungen zur Feier des 25. Stiftungsfestes des Vereins ist die Beteiligung der Damen aller Mitglieder erwünscht. S. M. Frau Martini. [76]

Kaffeekochen

am Himmelfahrtstage nach den Arminhallen (nachmittags 3 Uhr) einzuladen. Behufs Aussprache über die seitens der Damen event. zu treffenden Veranfassungen zur Feier des 25. Stiftungsfestes des Vereins ist die Beteiligung der Damen aller Mitglieder erwünscht. S. M. Frau Martini. [76]

Bochum.

Sonnabend den 14. Mai: Versammlung. [83]

Naumburg.

Heute Abend: Versammlung. [84]

Am 1. Mai verstarb nach langem Krankenlager unser Liebes Mitglied Alb. Weissbrodt Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Liedertafel Gutenberg von 1877 Hamburg. [88]

Todes-Anzeige. Am Dienstag den 3. Mai verstarb unser treues Mitglied der Setzer Karl Huber im Alter von 27 Jahren 7 Monaten. Der Bezirksverein Strassburg wird stets sein Andenken in Ehren halten. Strassburg den 4. Mai 1904. Der Bezirksvorstand.